Artikel vom 18.03.2021

MIT

Reform des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) hat ein Reformkonzept für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) beschlossen. Mit diesem Konzept spricht sich die MIT für einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk aus. Das Konzept sieht vor, den ÖRR einer Aufgaben- und Strukturkritik zu unterziehen und Mehrfachstrukturen zu reduzieren. Zugleich setzt sich die MIT für eine Stärkung des Informations-, Bildungs- und Kulturangebots ein: „mehr Korrespondenten im In- und Ausland, Ausweitung der Regionalberichterstattung, mehr Dokumentationen, zusätzliche Live-Übertragungen von politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell relevanten Ereignissen", heißt es in dem Beschluss.

Unter dem Strich erwartet die MIT durch die Reform Entlastungen für die Beitragszahler. MIT-Chef Carsten Linnemann: „Wir bekennen uns klar zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk, den wir in seinen Kernbereichen ausbauen wollen. Zugleich haben wir eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet, die zu einer effizienteren Organisation und in der Folge zu mehr Einsparungen führen."

Das Konzept war in eineinhalb Jahren in sechs Werkstattgesprächen von Wettbewerbsökonomen, Medienpolitikern und ehemaligen Mitarbeitern und Gremienmitgliedern öffentlich-rechtlicher Anstalten entwickelt worden. Nach dem Entwurf der Expertenkommission gab es viel Zuspruch, aber auch Kritik. In einer mehrstündigen Diskussion hat sich der Bundesvorstand gemeinsam mit Experten aus der Kommission mit der Kritik auseinandergesetzt und das Konzept angepasst. Daran mitgewirkt haben unter anderem der Wettbewerbsökonom Professor Justus Haucap und der frühere Direktor der Landesmedienanstalt NRW Jürgen Brautmeier.

Mit dem Konzept wolle die MIT die Diskussion um wirklich grundlegende Reformen anstoßen, so Gitta Connemann, MIT-Vorstandsmitglied und stellvertretende CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzende für Medien: „Wir bekennen uns zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Er steht für Meinungs- und Informationsfreiheit. Er ist für uns existenziell. Aber Rundfunklandschaft und Nutzerverhalten haben sich verändert. Auf die Digitalisierung muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk reagieren. Unser Ziel ist ein attraktiverer öffentlich-rechtlicher Rundfunk, der auch größeren Rückhalt in der Bevölkerung findet."

Den gesamten Beschluss finden Sie hier.